



RefRat der HU • Unter den Linden 6 • 10099 Berlin

Präsidium des StudentInnenparlaments
Mitglieder des StudentInnenparlaments

Verfasste Studierendenschaft

Referent*innenRat
(gesetzl. AStA)

Vorlage der Beschlüsse der studentischen Vollversammlung vom 31.01. unter dem Motto „Wir fahren zusammen“ zur Beschlussvorlage für die 4. Sitzung des 31. StudentInnenparlaments (dringlich)

Antragsteller: Referent*innenRat

Antragsgegenstand: TOP 5 – Anträge

Beschlussentwurf:

Das StudentInnenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin
möge beschließen:

1. Wir unterstützen den Arbeitskampf der Beschäftigten der BVG und die von ihnen und der Gewerkschaft ver.di aufgestellten Forderungen.

Als Kern der "Wir fahren Zusammen" Kampagne erkennen wir,
dass eine klimagerechte Verkehrswende nur sozial gerecht und
mit besseren Arbeitsbedingungen für Bus- und

Bahnfahrer*innen einhergehen kann. Deshalb stehen wir hinter
den Tarifforderungen, die ver.di mit den Beschäftigten
zusammen zur Tarifrunde TV-N Berlin 2024 beschlossen hat.

Diese umfassen mehrere Punkte zur allgemeinen Verbesserung
der Arbeitsbedingungen, wie unter anderem ein Urlaubsgeld von
500€ im Jahr, eine Wendezeit von 10 Minuten auf allen Linien

Datum:

8. Februar 2024

Postanschrift:

Humboldt-Universität zu Berlin
Referent*innenRat
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Sitz:

Ziegelstraße 4
10117 Berlin

Kontakt:

Telefon (030) 2093 46662
Telefax (030) 2093 46661
refrat@refrat.hu-berlin.de

Sprechzeiten und Informationen:

www.refrat.de

Verkehrsverbindungen:

S+U Friedrichstraße:
S1, S2, S25, S5, S7, S75, U6
Am Kupfergraben:
Tram M1, 12
Staatsoper:
Bus 100, 200, TXL

Bankverbindung:

StudentInnenparlament der HUB
Berliner Bank
BIC DEUTDEDB110
IBAN DE57 1007 0848 0512 6206 06

und die Erhöhung der Ruhezeiten im Fahrdienst auf 12 Stunden. Die konkrete Umsetzung dieser Praxis umfasst für uns als Studierende und Teil der Zivilbevölkerung ebenfalls die Solidarisierung mit den streikenden Beschäftigten und die Unterstützung dieses Streiks.

2. Entsprechend der Forderung der Kampagne "Wir fahren zusammen" fordern wir ein bundesweites Investitionsprogramm von 16 Milliarden Euro pro Jahr in den ÖPNV.

Die bestehenden Netze müssen erweitert und instand gehalten werden, auf diesen Netzen sollen Fahrzeuge in dichterem Takt fahren. Die Verantwortung sehen wir hierbei primär bei der Bundesregierung. Gegenwärtig werden die Mittel für den Ausbau- und Modernisierungspakt verhandelt. Wir erwarten, dass eine klimabewusste Transformation im Sinne unserer Forderungen des Verkehrssektors dabei mitgedacht wird. Der Bundesregierung stehen verschiedenste Möglichkeiten zur Verfügung, um eine solche Investition zu gewährleisten: Von Aufhebung oder Anpassung der Schuldenbremse, zu Streichung klimaschädlicher Investitionen, Vermögensabgabe von Superreichen oder Reichensteuer.

3. Wir fordern ein Deutschland-Semesterticket für Studierende, das ausnahmslos für alle Studierende gilt und kostenlos ist.

Als Studierende fordern wir, dass das Deutschland-Semesterticket für Studierende kostenlos angeboten wird. Des Weiteren wollen wir, dass das Deutschland-Semesterticket für Studierende auch tatsächlich allen Studierenden zur Verfügung steht. Wir lehnen es ab, dass einzelne Studierende aufgrund von Teilzeit, Promotion oder anderen Gründen von der Nutzung eines Deutschland-Semestertickets für Studierende ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus fordern wir, dass es Studierenden möglich sein soll, mit dem Deutschland-Semesterticket ihre Kinder und Fahrräder kostenlos mitnehmen zu können.

Langfristig soll der gesamte ÖPNV kostenfrei angeboten werden, zumindest aber für Studierende, Auszubildende, Schüler*innen und Menschen mit niedrigem Einkommen.



Das Deutschlandticket muss, wenn nicht für alle, dann zumindest für diese kostenlos sein.

4. Positionierung und Vernetzung gegen Rechts

Wir fordern vom Präsidium der Humboldt Universität zu Berlin ein Statement gegen Rechtsradikalismus. Darin möchten wir eine eindeutige Positionierung gegen die Vorgänge in Potsdam und rechte Deportationsphantasien: Migrantisierte Menschen gehören genauso zu Deutschland, Berlin und unserer Universität wie alle anderen Menschen auch. Viele der an der Humboldt Universität zu Berlin Studierenden sind von rechtsradikaler Hetze betroffen. Das Statement soll an Pressevertreter*innen, über die "Humboldt-Info" und auf Instagram verschickt werden. Wir erwarten, dass die Universität, insbesondere das Präsidium, den Kampf gegen Rechts aufnimmt und ihre gesellschaftspolitische Verantwortung ernstnimmt.

Das Statement sollte zudem die Forderung nach einem Verbot der AfD umfassen. Damit rechtsradikales Gedankengut nicht weiter Fuß fassen kann an der Universität, möchten wir darüber hinaus, dass die Universität rechtsradikalen Gruppen keinerlei Ressourcen und Unterstützung zur Verfügung stellt.

Gegen Rechtsradikale vorzugehen muss auch bedeuten rechte Professor*innen, wie Jörg Baberowski, Ruud Koopmans und alle anderen rechten Professor*innen und Mitarbeitenden zu sanktionieren.

Außerdem fordern wir die umfangreiche Unterstützung einer berlinweiten studentischen Konferenz zur Vernetzung gegen rechts von der verfassten Studierendenschaft. Die Unterstützung soll einerseits das Bereitstellen von Räumlichkeiten umfassen. Andererseits soll eine finanzielle Unterstützung für Material und Werbekosten sowie Aufwandsentschädigungen für Referent*innen von der verfassten Studierendenschaft gestellt werden. Die Humboldt-Universität soll die verfasste Studierendenschaft wohlwollend, unkompliziert und im Rahmen aller ihrer Möglichkeiten unterstützen. Das Ziel dieser Konferenz soll ein Austauschraum für eine antifaschistische Vernetzung studentischer Initiativen sein. Zugleich soll sie ein Ort sein, um Strategien zu entwickeln, um das Erstarken der Rechten an den Berliner Universitäten zu verhindern und für alle von rechtsradikaler Hetze betroffenen



Studierende und Angehörige der Berliner Universitäten sichere Studien- und Arbeitsumfelder zu schaffen.

5. Alle eines sexualisierten Übergriffs schuldigen Täter*innen und Täterschützenden an der Universität müssen entlassen werden und die Missbrauchsskandale am Institut für Geschichtswissenschaften restlos aufgeklärt werden.

Begründung:

Die Forderungen wurden auf der Vollversammlung (VV) vom 31.01. beschlossen. Die VV hat die Beschlussfähigkeit nach §12 (3) der Satzung der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin nicht erreicht. Auf Bitten bringt der Referent*innenRat die Forderungen nun beim StudentInnenparlament ein, um das Engagement der Beteiligten an der VV für die Studierendenschaft zu würdigen. **Die Forderungen selbst entsprechen nicht der Beschlusslage des Referent*innenRats.**